

Mittwoch, 10. September 2025

Region

Ein Heimatmuseum auf Heimatsuche

Das Heimatmuseum von Worben muss aus dem Dachstock der Primarschule ausziehen. Aber es soll unbedingt im Dorf bleiben. Nun werden Ideen gesammelt.

Renato Anneler

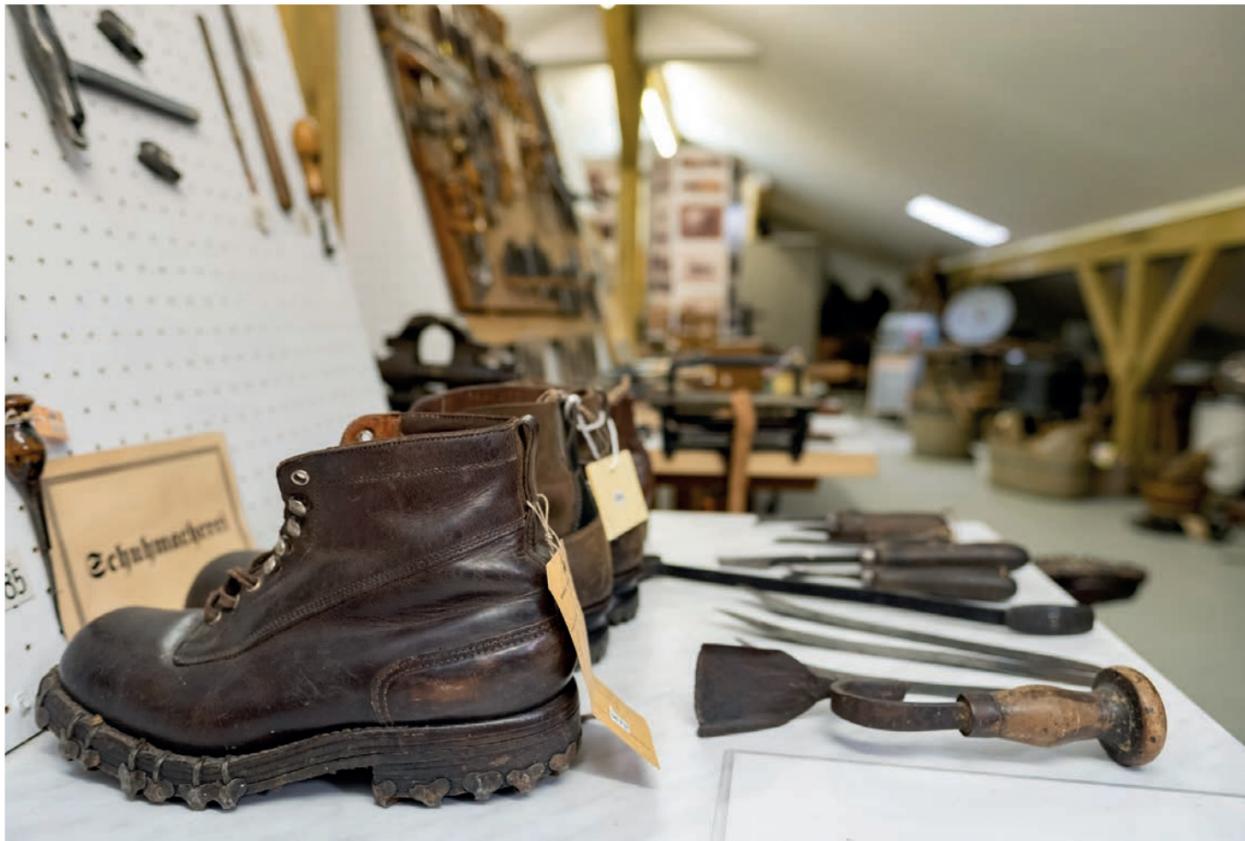
«Es ist eine Mammut-Aufgabe, die uns bevorsteht», sagte Hubert Helfer, Präsident der Freunde und Freundinnen des Heimatmuseums Worben VFFH am Montagabend. Gemeinsam mit der Einwohnergemeinde als Eigentümerin veranstaltete er einen Informationsanlass über die Zukunft seiner Institution.

Dass die Zukunft des Heimatmuseums überhaupt zur Diskussion steht, liegt am heutigen Standort des 600 Quadratmeter grossen Lokals. Der Dachstock im Primarschulhaus entspricht nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen, in erster Linie sind die Fluchtwege bei einem Brandfall nicht in genügendem Masse vorhanden. Zudem können die Räume nicht hinderisfrei erreicht werden. Die elektrischen Leitungen entsprechen längst nicht mehr dem gängigen Standard, eine Dachisolierung fehlt vollkommen.

Historikerin rät zum Aussortieren

Eine Projektgruppe aus Vorstandsmitgliedern und Gemeindebehörde hat sich des Themas angenommen, wie das Heimatmuseum «neu gedacht» und für die Zukunft erhalten werden könnte. Dafür haben sie die Historikerin Regula Wyss ins Boot geholt. Die Kuratorin ist spezialisiert auf die Vermittlung von Informationen und die Gestaltung zeitgemässer Museen.

Bei der Durchsicht der rund 3000 Exponate stellte sie fest, dass einige Stücke kaum mit Worben zu tun haben und einige Gegenstände in zu grosser Zahl vorhanden sind. Aus diesem Grund empfiehlt sie, bei der notwendigen Räumung die Sammlungsobjekte auszusortieren. «Früher wollte man möglichst viele Gegenstände



Das Heimatmuseum Worben ist im Dachstock des Primarschulhauses untergebracht. Weil dieser saniert werden muss, muss für das Museum eine Anschluss- oder Übergangslösung gefunden werden.

Bild: Jonas Schreck/ta

zeigen, heute nur so viele, dass sich daraus nachvollziehbare Alltagsbilder ergeben», erklärte Wyss.

Dafür hat der Betriebsverein nun zwei Jahre Zeit. Im Sommer 2027 soll der Dachstock geräumt sein, damit hier die notwendigen Sanierungsarbeiten des Primarschulhauses durchgeführt werden können.

Unabhängig von der künftigen Nutzung würden Treppenhaus und Lift bis unters Dach verlängert, wie Gemeindeforscherin Tamara Hug berichtete. Allerdings wird über den nötigen Kredit von maximal neun Millionen

Franken der Souverän noch entscheiden müssen.

Die Form des Museums ist offen

Eine Lösung für das Heimatmuseum muss also her – eine Zwischenlösung oder eine Anschlusslösung. Zwar werden die Gegenstände in den Schutzräumen der Schule eingelagert, doch Ort und Form späterer Ausstellungen sind noch ungewiss.

Dafür soll es am 13. Oktober einen Workshop zur Zukunft des Heimatmuseums geben (siehe Fussnote). Regula Wyss zeigte am Beispiel Lenk auf, dass man

heute ein Museum beispielsweise in einem einfachen Zweckbau – einem Cube – einrichten kann. Auch Schaufenster bieten die Gelegenheit für Wechselausstellungen.

Dazu Gemeindepräsidentin Manuela Kocher: «Für uns war immer klar, dass wir das Heimatmuseum erhalten wollen – die Form allerdings ist offen.»

In diesem Sinne sei es notwendig, eine thematische Fokussierung vorzunehmen, etwa das Seeland oder das Handwerk. Dies macht eine Bereinigung der heutigen Sammlung erforderlich, die primär mit freiwilli-

gen Helfenden durchgeführt werden soll. Der Zeitpunkt zur Umsetzung des neuen Heimatmuseums Worben kommt den Verantwortlichen sehr gelegen. Zwar bringt die bevorstehende Sanierung in zwei Jahren etwas Handlungsdruck, doch die Wiedereröffnung der neuen Ausstellung kann pünktlich zur 800-Jahr-Feier von Worben im 2028 geplant werden.

Info: Der Workshop «Zukunft des Heimatmuseums» findet am Montag, 13. Oktober, um 19 Uhr in der Mehrzweckhalle Worben statt.

Jetzt wird auch mit Whatsapp kommuniziert

Orpund Seit Kurzem nutzt Orpund nebst anderen Kommunikationsmitteln auch einen Whatsapp-Kanal. Ende August informierte die Gemeinde auf ihrer Website. Bisher sind dem Kanal rund 80 Personen beigetreten. Wie der Orpunder Gemeindepräsident Oliver Matti gegenüber Radio Canal 3 sagt, sei dies ein Pilotversuch. Die Idee dazu kam vom Gemeindeforscher, der im Gemeindeforscherverband davon gehört hatte. «Viele nutzen Whatsapp – so können wir Bürgerinnen und Bürger mit wichtigen Infos zum Dorfgeschehen erreichen.» Zum Beispiel, wenn falsche QR-Codes bei Parkscheiben kleben, oder es zu Strassensperren kommt. Der Einsatz weiterer sozialer Medien ist derzeit nicht geplant.

Orpund ist eine von vielen Gemeinden, welche die App Crossiety nutzen – das ist quasi ein digitaler Dorfplatz. Orpund wird auch weiter über diese Plattform, wie auch die Gemeinde-Website kommunizieren. Bei der App sind rund 400 Personen registriert.

«So können wir Bürgerinnen und Bürger mit wichtigen Infos zum Dorfgeschehen erreichen.»

Oliver Matti
Gemeindepräsident Orpund

Anders sieht es in Pieterlen aus. Laut dem Gemeindepräsidenten Beat Rüfli benutzt die Gemeinde ihre Website und seit Februar Crossiety. Zudem wird zweimal jährlich ein gedrucktes Gemeindeblatt verteilt. Die App Crossiety würden zurzeit rund ein Viertel aller Haushalte oder rund 700 Personen nutzen. Whatsapp wird in der Gemeinde zur internen Kommunikation, also beispielsweise im Gemeinderat, genutzt. Aus Datenschutzgründen sei die Plattform derzeit kein Thema als Kommunikationsmittel gegen aussen.

In Lyss sind die sozialen Medien schon seit 2018 ein Thema. «Wir sind auf Facebook und Instagram aktiv und versuchen, regelmässig Beiträge zu teilen», sagt Gemeindeforscher Daniel Strub. Auch Lyss nutzt verschiedene Kanäle, um auch die Jungen erreichen zu können. Auf der Website seien grundsätzlich alle Informationen rund um die Gemeinde einsehbar. Und dreimal im Jahr erscheine «Info Lyss», eine gedruckte Informationsbroschüre. «Whatsapp wurde bei uns auch schon diskutiert», sagt Strub. Jedoch sei man sich noch nicht sicher, in welcher Form man den Kommunikationskanal verwenden möchte. Anne Marti, Aline Studer und Stella Frank

Aus dem Grossen Rat

Die Gemeindeautonomie verliert an Bedeutung

Föderalismus bestimmt die Schweiz. Gemeinde, Kanton und Bund sind die heilige Dreifaltigkeit unseres Staatsgebildes. Nun mehren sich aber die Sündenfälle, wo die Autonomie der unteren Ebene missachtet wird. Sollte uns das beunruhigen?

Wenn wir in unsere Nachbarn schauen, herrscht dort oft Zentralismus. Nach Rom führen nicht nur viele Wege, dort fallen vor allem Entscheide, die in alle Landesteile reichen. Berlin ist das neu-alte Macht- und Politikzentrum unserer nördlichen Nachbarn, und dass in der Grande Nation alles über Paris läuft, ist schon seit dem Sonnenkönig gesetzt.

Und Bern? Bundespolitikerinnen sind ja immer auch Kantonsvertreter, und viele haben die Gemeindeautonomie in ihren Politanfängen verinnerlicht wie ein Baby die nährenden Muttermilch. So herrscht im ganzen Land eine kritische Haltung gegenüber Bundesbern. In unserem föderalistischen System sagen meist die Kantone, wo's langgeht.

Nun kommt da ein Bundesrat und führt ein Quasi-Verbot für Tempo 30 auf Gemeindestrassen ein – und überspringt in flagranten Weise nicht nur eine, sondern sogar zwei Staatsebenen. Der Berner Gemeinderat schreit auf: Schikane! Das ist der Bundesstadt nicht zu verübeln, gerät sie doch zunehmend ins Visier

des Grossen Rates. So hat dieser kürzlich eine Pflicht für Videoüberwachungen auf Gemeindegebiet eingeführt, Arbeitstitel Lex Reitschule.

In der letzten Budgetdebatte versenkte das Kantonsparlament das Fischermätteli-Tram, nachdem dieses vom Stadtberner Stimmvolk beschlossen worden war.

All diese Beispiele ritzen oder verletzen den ursprünglichen Konsens, der den verschiedenen Staatsebenen eine möglichst grosse Autonomie zuspricht. Beim derzeit debattierten Sozialhilfegesetz will der Grosse Rat gegen den Widerstand der Gemeinden einen Selbstbehalt durchsetzen. Gemeinden

mit einer hohen Sozialhilfequote bekommen einen Abzug – als «Ansporn», bessere Integrationsarbeit zu leisten. Die Kriterien sind aber so festgelegt, dass sie auf kommunaler Ebene kaum beeinflusst werden können. 80 Prozent der Berner Gemeinden sind dagegen, der Ausgang in diesem föderalen Kräftemessen ist noch offen.

In unserem Föderalismus sollte nicht Machtpolitik, sondern das richtige Mass an Autonomie zum Ziel führen. Meistens weiss eine Gemeinde, welche Verkehrslösung für sie die richtige ist.

Und ein Kanton ergreift die diejenigen Integrationsmassnahmen, die am meisten Personen in den

kantonale Arbeitsmarkt führen. Das stimmt vielleicht nicht immer. Meistens sind wir aber mit einer maximalen Autonomie auf möglichst tiefer Stufe gut gefahren. Davon sollten wir nicht ohne Not abweichen.



Christoph Grupp
hintergrund@bielertagblatt.ch

Info: Christoph Grupp (1968) ist seit 2017 Grossrat und leitet die Fraktion der Grünen. Der Biologe betreibt ein PR-Büro in Biel.